

Kriterien zur Auszahlung der Mittel nach dem EEZG durch den FSW an die Antragstellenden für das Jahr 2023

Gegenstand

Das Bundesgesetz über einen Zweckzuschuss an die Länder für die Jahre 2022 und 2023 für die Erhöhung des Entgelts in der Pflege (Entgelterhöhungs-Zweckzuschussgesetz – EEZG), BGBl. I Nr. 104/2022, sieht eine Entgelterhöhung für das Pflege- und Betreuungspersonal nach dem Gesundheits- und Krankenpflegegesetz (GuKG), BGBl. I Nr. 108/1997, sowie der Angehörigen der Sozialbetreuungsberufe gemäß 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über Sozialbetreuungsberufe, BGBl. I Nr. 55/2005, vor. Die Mittel werden vom Bund den Ländern für die Jahre 2022 und 2023 zur Verfügung gestellt.

Die Richtlinie stellt ein verbindliches Kriterium für die Inanspruchnahme der Refundierung der Kosten der außerordentlichen Entgelterhöhung für das Jahr 2023 an die Antragstellenden dar.

Höhe der Förderung für die außerordentliche Entgelterhöhung

Der für die Entgelterhöhung pro vollzeitbeschäftigte Person zur Verfügung stehende Jahresbetrag 2023 orientiert sich grundsätzlich am Jahresbetrag 2022 in der Höhe von € 2.000 (inklusive Dienstgeberabgaben). Da der 2023 zur Verfügung stehende Betrag erst nach Vorlage der Abrechnungen des Jahres 2022 und des ersten Quartals 2023 exakt bestimmbar ist, ist folgende Vorgangsweise einzuhalten:

Für die ersten drei Quartale 2023 ist für alle von der Zielgruppendefinition gemäß § 3 Abs. 1 EEZG umfassten Beschäftigten (Personenkreis) der Betrag in der Höhe von € 1.500 (inklusive Dienstgeberabgaben) pro vollzeitäquivalentbeschäftigte Person zur Verfügung zu stellen. Der für das vierte Quartal 2023 zur Verfügung stehende Betrag pro vollzeitbeschäftigte Person wird zeitgerecht gesondert bekannt gegeben.

Bei teilzeitbeschäftigten Personen ergibt sich die Höhe der Förderung für die außerordentliche Entgelterhöhung wie folgt:

Bei den Zahlungen für das Jahr 2023 haben die Antragstellenden bei teilzeitbeschäftigten Personen eine Aliquotierung nach Stundenausmaß im jeweiligen Auszahlungsmonat vorzunehmen und allfällige monatliche Mehrstundenleistungen (bis zum Ausmaß einer Vollzeitbeschäftigung) zu berücksichtigen. Die Teilzeitbeschäftigung ist prozentuell der gesetzlich oder vertraglich festgelegten Vollzeitbeschäftigung (z.B. unter Berücksichtigung einer allfälligen kollektivvertraglich bestimmte kürzeren wöchentlichen Normalarbeitszeit) bei den Antragstellenden gegenüberzustellen. Abweichungen von den Vorgaben zur Aliquotierung sind auf Basis von entgeltgestaltenden Vorschriften insbesondere sozialpartnerschaftlichen Vereinbarungen möglich.

Auszahlung der außerordentlichen Entgelterhöhung an das Pflege- und Betreuungspersonal

Die Auszahlung der außerordentlichen Entgelterhöhung erfolgt monatlich (14x) gemeinsam mit der Lohn- und Gehaltszahlung durch die Antragstellenden.

Die Antragstellenden sind für die ordnungsgemäße Behandlung aller lohnabhängigen Abgaben verantwortlich.

Personenkreis

Außerordentliche Entgelterhöhungen gebühren folgenden Berufsgruppen des Pflege- und Betreuungspersonals:

1. Angehörige des gehobenen Dienstes der Gesundheits- und Krankenpflege
2. Angehörige der Pflegefachassistenz
3. Angehörige der Pflegeassistenz

nach dem Gesundheits- und Krankenpflegegesetz – GuKG, BGBl. I Nr. 108/1997

4. Diplom-Sozialbetreuer:innen
5. Fach-Sozialbetreuer:innen
6. Heimhelfer:innen

nach der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über Sozialbetreuungsberufe, BGBl. I Nr. 55/2005

Das Pflege- und Betreuungspersonal muss für die Auszahlung für das Jahr 2023 wie folgt unselbstständig tätig sein:

1. bei Krankenanstalten gemäß § 2 Abs. 1 des Bundesgesetzes über Krankenanstalten und Kuranstalten, BGBl. Nr. 1/1957
2. bei teilstationären und stationären Einrichtungen der Langzeitpflege nach landesgesetzlichen Regelungen,
3. bei mobilen Betreuungs- und Pflegediensten nach landesgesetzlichen Regelungen,
4. bei mobilen, teilstationären und stationären Einrichtungen der Behindertenarbeit nach landesgesetzlichen Regelungen oder
5. in Kureinrichtungen nach landesgesetzlichen Regelungen

Antragstellung für die Refundierung der Kosten

Die Antragsstellenden haben die Refundierung der Kosten (der sich aus der Richtlinie ergebenden gesamten Dienstgeberkosten) schriftlich beim FSW für das Jahr 2023 quartalsweise zu beantragen:

- 1. Quartal zum 31.3.2023
- 2. Quartal zum 30.6.2023
- 3. Quartal zum 30.9.2023
- 4. Quartal zum 31.12.2023

Jeweils mit einer Übermittlungsfrist von maximal 14 Kalendertagen.

Die Antragstellenden haben dem Antrag folgende Unterlagen beizulegen:

- Auflistung Summe Vollzeitäquivalent und Köpfe (unterteilt in Vollzeit/Teilzeit) sowie die Summe an rückzuerstattenden Kosten an Entgelterhöhungen, gegliedert nach Berufsgruppenzugehörigkeit gemäß § 3 Abs. 1 Z 1 bis 4 EEZG
- allfällige entgeltgestaltende Vorschrift, welche die Antragstellenden zur Zahlung der außerordentlichen Entgelterhöhung an das Pflege- und Betreuungspersonal gemäß Personenkreis verpflichtet
- unterfertigte Selbsterklärung der Antragstellenden über die Auszahlung der außerordentlichen Entgelterhöhung

Die Kosten der außerordentlichen Entgelterhöhung (gesamte Dienstgeberkosten), die vom FSW refundiert werden, umfassen ausschließlich die von den Antragstellenden für die Entgelterhöhungsempfänger:innen aufgewendeten Beträge (inklusive Dienstgeberabgaben).

Auszahlungsmodus der Refundierung

Die Auszahlung erfolgt auf das im Antrag genannte Konto. Der FSW ist nicht verpflichtet, die Übereinstimmung des Kontoinhabers mit der/dem Antragstellenden zu prüfen.

Eine Abtretung, Anweisung, Verpfändung oder eine sonstige Verfügung der Refundierung der Kosten der außerordentlichen Entgelterhöhung durch die Antragsstellenden ist nicht zulässig.

Rückzahlungsverpflichtung

Die Refundierung der Kosten der außerordentlichen Entgelterhöhung ist zurückzuzahlen, wenn

- unvollständige oder unrichtige Angaben gemacht werden oder
- vorgesehene Kontrollmaßnahmen be- oder verhindert werden,
- von Organen der Europäischen Union eine Rückforderung und/oder Aussetzung verlangt wird,
- Abtretungs-, Anweisungs-, Verpfändungs- und sonstige Verfügungsverbote nicht eingehalten wurden oder
- sonstige Voraussetzungen, insbesondere solche, die die Erreichung des Zweckes sichern sollen, von den Antragstellenden nicht eingehalten wurden.

Berichtslegung und Kontrollrechte

Die Antragstellenden sind verpflichtet, auf Verlangen des FSW alle Auskünfte zu erteilen, die mit der Refundierung der Kosten der außerordentlichen Entgelterhöhung in Zusammenhang stehen, Einsicht in Bücher und Belege sowie in sonstige zur Überprüfung dienende Unterlagen zu gestatten und eine Besichtigung an Ort und Stelle zuzulassen. Die Antragstellenden sind verpflichtet, sämtliche Unterlagen bis zum Ablauf von zehn Jahren nach Ende des Kalenderjahres der Auszahlung, sicher und geordnet aufzubewahren sowie den Berichtspflichten nachzukommen.

Nachträgliche Überprüfung und Evaluierung der Förderung

Eine nachträgliche Überprüfung der Refundierung der Kosten der außerordentlichen Entgelterhöhung bei den Antragstellenden kann auch durch Organe bzw. Beauftragte, der Stadt Wien, des Bundes dem Bundes- und Stadtrechnungshof, der Bundesbuchhaltungsagentur vorgenommen werden.

Wien, am 20.1.2023